

Antrag

der Abgeordneten **Stephan Brandner, Carolin Bachmann, Marc Bernhard, René Bochmann, Marcus Bühl, Thomas Dietz, Dietmar Friedhoff, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler** und der Fraktion der AfD

Keine Belastung des Bundeshaushalts durch Frisör-, Kosmetik- und Visagistenkosten der Mitglieder der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Mitglieder der Bundesregierung lassen sich auf Kosten des Steuerzahlers für unterschiedliche Anlässe frisieren und optisch herrichten. Allein im Jahr 2022 fielen 1,5 Millionen Euro für die Ausgaben der Bundesregierung für Friseure, Visagisten und Fotografen an. Auf der anderen Seite können Arbeitnehmer, selbst wenn sie bei ihrer Arbeit ein äußerlich gepflegtes Erscheinungsbild an den Tag legen müssen, weil sie etwa Kundenkontakt haben oder vor der Kamera stehen, die Kosten für Kosmetik und Frisur nicht steuerlich geltend machen. Es erschließt sich nicht, weshalb der Steuerzahler für Make-up, Frisur und Kosmetik von Mitgliedern der Bundesregierung und sogar ehemalige Mitglieder dieser aufkommen soll, obwohl diese mit hinreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet sind, um die Kosten für anfallende Frisör- und Kosmetikdienstleistungen selbst zu übernehmen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die Kosten für körpernahe Dienstleistungen, wie Frisör- und Kosmetikdienstleistungen, selbst zu tragen und den Bundeshaushalt nicht zu belasten.

Berlin, den 28. September 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Die Mitglieder der Bundesregierung lassen sich auf Kosten des Steuerzahlers für unterschiedliche Anlässe frisieren und optisch herrichten. Eine Anfrage an die Bundesregierung ergab, dass für Pressetermine, den Empfang von Staatsgästen, presseöffentliche Termine, sogenannte „politische Termine“, Konferenzen, die Erstellung von Fotos, Preisverleihungen, Empfänge und Interviews die Leistungen von Visagisten und Frisören durch die Mitglieder der Bundesregierung in Anspruch (Drs. 20/7988). Auffällig sind insbesondere die sehr hohen Kosten, die mit der Bereitstellung von Visagisten- und Frisörtätigkeiten für die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock einhergehen. Die Bundesregierung gibt in ihrer Antwort an, dass die Außenministerin zu Bild- und Fernsehterminen im In- und Ausland von einer Maskenbildnerin begleitet wird. Die hohen Kosten spiegeln nach Ansicht der Bundesregierung wider, dass die Dienstleistung mit zeitaufwändiger Reisetätigkeit verbunden ist und auch ad hoc an Wochenenden und zu besonderen Tageszeiten erbracht werden muss. Allein im Jahr 2022 wurden knapp 137.000 Euro für diese Art der Unterstützung der Bundesaußenministerin aufgewendet (vgl. Drs. 20/5286). Mittlerweile ist der Öffentlichkeit bekannt, dass Claude Frommen diese Dienstleistungen ausführt (https://www.focus.de/panorama/welt/137-000-euro-teuer-ich-lasse-sie-erstrahlen-das-ist-die-teure-star-visagistin-von-baerbock_id_190908790.html). Nach eigenen Angaben zählt zu ihren Kunden auch die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen sowie das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW (<http://www.claudefrommen.com/kunden.html>). Die Analyse der abgefragten Einsatztermine ergab, dass fast kein Tag vergeht, an dem sich die Bundesaußenministerin nicht von der Visagistin herrichten lässt. So wurde sie beispielsweise im März 2022 an 25 Tagen von der Visagistin betreut, was mit hohen Kosten für den Steuerzahler verbunden ist. Auch andere Minister, Parlamentarische Staatssekretäre und Staatssekretäre nutzen Visagisten und Friseure beziehungsweise Kosmetiker. Die Kosten hierfür waren aber mit den bei der Bundesministerin Baerbock anfallenden Kosten nicht vergleichbar. So wendete das Bundesinnenministerium knapp 7.500 Euro im Jahr 2022 für kosmetische Dienstleistungen auf, das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima gut 11.000 Euro und das Bundeskanzleramt knapp 40.000 Euro. Allein im Jahr 2022 flossen so rund 1,5 Millionen Euro von der sogenannten Ampelregierung an Dienstleister aus dem Bereich Make-up, Frisur, Kosmetik sowie an Fotografen (<https://www.berliner-zeitung.de/news/steuergelder-baerbock-gibt-137000-euro-fuer-maskenbildner-aus-li.337101>), was auch der Steuerzahlerbund scharf kritisierte (<https://www.steuerzahler.de/service/publikationen/bdst-sparbuch/visagisten-trend/?L=0>).

In der vergangenen Legislaturperiode wurde öffentlich thematisiert, dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel ebenfalls von einer persönlichen Mitarbeiterin für Frisur und Make-up begleitet wurde. In der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (Drs. 19/9798) heißt es, „die Bundeskanzlerin nimmt für Make-up und Frisur die Leistungen einer freiberuflichen Assistentin in Anspruch. Die diesbezüglichen Ausgaben werden aus dem Etat des Bundeskanzleramtes bezahlt.“ Auch heute, nach dem Ende der Amtszeit der Bundeskanzlerin übernimmt der Bund die Kosten für Kosmetik und Frisur der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel und hat seit deren Ausscheiden aus dem Amt fast 57.000 Euro ausgegeben (<https://www.tagesspiegel.de/politik/hair-make-up-artist-fur-ex-kanzlerin-bund-zahlt-55000-euro-fur-merkels-styling-10276549.html>). Medienberichten zufolge wurde Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel während ihrer Amtszeit bei öffentlichen Auftritten stets von ihrer „Visagistin“ Petra Keller begleitet (<https://www.merkur.de/politik/merkel-zdf-lueftet-pikante-geheimnisse-ueber-kamera-auftritte-eitler-als-gedacht-zr-12262919.html>). Es heißt, egal ob im Bundeskanzleramt, bei Terminen oder sogar bei Staatsbesuchen im Ausland: die „Visagistin“, die im Bundeskanzleramt angestellt sei, wäre immer dabei gewesen (<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus172436661/Sondierungsnacht-Auch-die-SPD-beherrscht-die-Methode-Merkel.html>) und kümmerte sich um Kleidung, Haare und Make-up (<https://www.bild.de/politik/ausland/angela-merkel/unterwegs-mit-welt-kanzlerin-angela-merkel-38598136.bild.html>). Selbst während der massiven Einschränkungen in der Coronakrise arbeitete die freiberufliche Visagistin Merkels auch weiter, als Privatpersonen über Wochen auf diese Tätigkeiten verzichten mussten.